

Das Europa-Wahlprogramm der SPD:

Ein Programm sozialistischer Gesellschaftsveränderung

Heiner Geißler hat die folgende Analyse über das Europa-Wahlprogramm der SPD erstellt, das auf einem Sonderparteitag am 9. und 10. Dezember 1978 in Köln verabschiedet wurde. Im Zusammenhang damit erklärt Geißler, daß das Programm einen Einschnitt in die Geschichte der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland darstelle. Es ergebe sich klar, daß sich die SPD zur Klassenpartei zurückentwickele, daß sie eine Strategie der Volksfront mit Kommunisten zumindest nicht ausschließe und daß sie Europa nicht als Ziel für sich, sondern als Mittel zur Durchsetzung des Sozialismus auf dem Kontinent betrachte. Für die SPD seien Christliche Demokraten und Konservative die Hauptgegner im Europa-Wahlkampf — die Kommunisten jedoch nur Gegner.

Die politische Bedeutung

Parteiprogramme bedeuten mehr als eine Meldung für einen Tag. Über Jahre hinweg bestimmen sie die Politik einer Partei. Das Programmbewußtsein hat vor allem in der SPD einen hohen Stellenwert. Der Zusammenschluß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von Lasalle und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von Bebel im vorigen Jahrhundert war nicht allein eine organisatorische Zusammenfassung. Es war auch das Zusammengehen zweier unterschiedlicher Grundansichten über Ziele und Methoden der Politik. Diese beiden Strömungen sind in der SPD bis heute erhalten geblieben. Am einfachsten sind sie zu kennzeichnen als sozialdemokratische und sozialistische Strömungen. Programmebe-

schlüsse der SPD stellen deshalb immer einen Gradmesser dar, welche der beiden Grundströmungen an Einfluß gewonnen hat.

Das Ringen um die Vorherrschaft innerhalb der SPD wird durch die Europawahl neu aktualisiert. Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament setzt sich zusammen aus sozialdemokratischen, sozialistischen und solchen Parteien, in denen — wie bei der SPD — beide Strömungen zusammengefaßt sind. Da diese Parteien im Unterschied zur Europäischen Volkspartei (EVP), dem Zusammenschluß der Christlich-Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, ein gemeinsames Programm nicht zustande gebracht haben, wird in ihrer Fraktion im Europäischen Parlament die Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten um den gemeinsamen Standpunkt geführt werden müssen. Dabei kommt der SPD und ihrer politischen Haltung ein hoher Stellenwert zu, weil sie innerhalb der Fraktion einen relativ großen Anteil von Mandatsträgern stellt.

Unter diesem Gesichtspunkt erhält das Europa-Wahlprogramm der SPD eine besondere Bedeutung. Es definiert die Politik, die von den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments in die sozialistische Fraktion eingebracht wird. Deshalb ist eine sorgfältige Analyse des Europa-Wahlprogramms der SPD notwendig. Es gibt dem Wähler bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament Aufschluß darüber, welche sozialistischen Ideen mit Sicherheit von der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments mitgetragen werden.

Das Europa-Wahlprogramm der SPD ist durch zwei besondere Merkmale gekennzeichnet:

- Die SPD fordert für Europa ein Instrumentarium zur Überwindung der Sozialen Marktwirtschaft.
- Die SPD geht auf Konfrontationskurs zum demokratischen politischen Gegner, dagegen nicht — auffälligerweise — zu den Kommunisten.

Spiegelt man diese Programmatik am gültigen Grundsatzprogramm der SPD, dem Godesberger Programm, so ergibt sich folgende Alternative:

Entweder bekommen jetzt die Stimmen recht, die behaupten, das Godesberger Programm sei ein taktisches Programm, und die SPD habe immer nur auf den günstigen Zeitpunkt gewartet, um ihre eigentlichen Ziele zu verwirklichen; oder die SPD hat sich von einer sozialdemokratischen Volkspartei zur sozialistischen Klassenpartei rückentwickelt. Sie würde sich damit den sozialistischen Bruderparteien anpassen, denen die Volksfront wichtiger als Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien, denen der Klassenkampf wichtiger als soziale Partnerschaft ist.

Dieses Programm sollte nicht deshalb leicht bewertet werden, weil es ein Europa-programm ist und die heutigen Kompetenzen des Europäischen Parlaments nicht ausreichen, die Programmforderungen der SPD zu realisieren. Dieses Programm ist keine Spielwiese für Minderheitengruppen in der SPD. Es gibt eher den wahren Standort der SPD wieder als nationale Programme, weil für die SPD bei negativer Reaktion der Wähler die Existenz einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung nicht direkt auf dem Spiel steht. So hebt die SPD national nicht durchsetzbare Forderungen auf die Europäische Ebene. Dabei muß jedoch jedem klar sein: Da Europa immer größere Kompetenzen bekommen wird, wird sich auch europäische Politik immer stärker auf die nationale Politik auswirken.

Systemüberwindende Wirtschaftspolitik

Europapolitik ist für die SPD der Transmissionsriemen und das Vehikel zur sozialistischen Umgestaltung unserer Gesellschaft. Deshalb fordert die SPD für Europa ein ganzes Arsenal systemüberwindender Maßnahmen:

Anmeldung von Investitionen

„Angesichts des maßgeblichen Einflusses der Investitionen auf die Zahl, die Art und die regionale und sektorale Verteilung der Arbeitsplätze, kommt dabei der Erfassung von Investitionen besondere Bedeutung zu.

Die investierenden Unternehmen haben bei der EG-Kommission Investitionen anzumelden, die einen bestimmten Umfang überschreiten. Damit werden die Erfahrungen des Montan-Vertrages, nach dem alle Investitionen in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl der Hohen Behörde/EG-Kommission anzumelden sind, auf alle Wirtschaftszweige übertragen.“ (Kap. II.1)*

Investitionsplanung

„An der Investitionsplanung auf der EG-Ebene sind die Gewerkschaften in besonderem Maße zu beteiligen.

* Hierzu ist anzumerken, daß es sich bei der Investitionsmeldepflicht nach dem Montan-Vertrag nicht um eine Vorstufe zur Investitionsplanung und Investitionslenkung handelt, wie es die SPD verfälschen möchte. Die Verfasser des Montan-Vertrages wollten vielmehr nach den Erfahrungen zweier Weltkriege die Investitionen im Montan-Bereich für jedes Mitgliedsland so durchsichtig machen, daß versteckte Investitionsausweitungen zur Vorbereitung eines Krieges unmöglich wurden. Die Investitionsanmeldung nach dem Montan-Vertrag ist folglich in ihrem Charakter etwas ganz anderes, als das, was die SPD will.

Wir streben eine demokratische Rahmenplanung in der Europäischen Gemeinschaft an, die die öffentliche und private Investitionstätigkeit in einer langfristigen Projektion verbindet und die verhindert, daß die öffentlichen Investitionen lediglich reaktiv und ausgleichend zu den privaten Investitionen erfolgt.“ (Kap. II.1)

„Es ist ein elastisches System von Investitionsauflagen zu entwickeln, die als einschränkende und gestaltende Bedingungen (Mindestzahl und Beständigkeit von Arbeitsplätzen, Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt, Verbesserung humaner Arbeitsbedingungen) die Arbeitsmarkt- und Entwicklungsgleichgewichte beseitigen helfen.“ (Kap. III.4)

Fonds als Mittel der Investitionslenkung

„Er (der EG-Regionalfonds) muß mit der sozialen Industrie- und Agrarpolitik verknüpft werden und sollte in eine verstärkte Kooperation mit entsprechenden nationalen Investitionsfonds treten, oder deren Neueinrichtung fördern. Dabei muß die qualifizierte Mitbestimmung der europäischen Gewerkschaften gewährleistet werden. Zugleich soll für Investitionsgesellschaften und private Anleger die Möglichkeit geschaffen werden, sich dem Fonds anzugliedern, oder in eine Kooperation mit ihnen zu treten ...

An die Stelle von Subventionen sollen in Zukunft verstärkt vom Fonds und von der öffentlichen Hand kontrollierte Anteile an den entsprechenden Unternehmen treten, die auch längerfristig zusätzliche Einflußmöglichkeiten zur Sicherung der Arbeitsplätze gewährleisten.“ (Kap. III.4)

Stärkerer Einfluß des Staates auf die Wirtschaft durch direkte Kapitalbeteiligungen der öffentlichen Hand, staatliche Unternehmen und Demokratisierung, d. h. Vergesellschaftung der Wirtschaft

„Solange die Arbeitnehmer und ihre Vertreter nicht an der wirtschaftlichen und sozialen Planung beteiligt werden, solange keine echte Wirtschaftsdemokratie verwirklicht wird, können die Arbeits- und Lebensbedingungen in absehbarer Zeit nicht menschlicher werden. Planung und Demokratisierung dürfen nicht allein auf den öffentlichen Sektor beschränkt bleiben. Es gilt die demokratische Kontrolle der gesamten Wirtschaft zu verbessern. In einer Gesellschaft, die in ihrer großen Mehrheit aus Arbeitnehmern besteht, können diese nicht länger von den Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft ausgeschlossen werden ...

Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.

Öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen sollen besonders dort tätig werden, wo die Prinzipien der Gegenmacht oder der Gemeinwirtschaftlichkeit es gebieten, private Initiative fehlt, oder übergroße Risiken bei anerkanntem gesellschaftlichen Bedarf vorliegen. Ihre Aktivitäten sollen nicht auf unprofitable Betriebe und Branchen beschränkt werden, sie sollen sich vielmehr am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Dabei sind die Ziele eindeutig festzulegen. Auch wenn auf Gewinnerzielung verzichtet wird, muß das Prinzip der Kostenminimierung gelten.

Für die Durchsetzung einer aktiven Wettbewerbs- und Regionalpolitik gegenüber den multinationalen Konzernen, sind paritätisch mitbestimmte öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen in der EG, die struktur- und branchenbestimmenden Einfluß haben, unverzichtbar.“ (Kap. II.8)

„Die Vergabe von Finanzmitteln in der EG darf nicht benutzt werden, um nationale Ansätze zu einer Veränderung der Wirtschaftsordnung zu behindern, sondern sie hat vielmehr gerade das Ziel der Demokratisierung aller Bereiche, insbesondere der Wirtschaft.“ (Kap. III.2)

„Eine besondere Rolle spielt daneben die Stärkung öffentlicher Investitionen, insbesondere die Förderung der in den Nationalstaaten bestehenden Einrichtungen für staatliche Industriebeteiligungen. Gemeinwirtschaftliche und staatliche Unternehmen können als Ansiedlungsmotoren in den unterentwickelten Regionen wirken.“

Öffentliche Finanzhilfen in größerem Umfang an private Unternehmen sollen nur in der Form direkter Kapitalbeteiligung erfolgen. Zur Koordinierung dieser Beteiligungen sind entsprechende regionale Investitions- und Beteiligungsgesellschaften einzurichten.“ (Kap. III.4)

Der Ruf der SPD nach größerem staatlichen Einfluß in der Wirtschaft und die damit verbundene Planungshybris führen zwangsläufig zu mehr Bürokratie und ungeheuren Mehrkosten. Die SPD verschweigt völlig, wer diese sozialistische „Monsterwelt“, diese gigantische Eurobürokratie, bezahlen soll. Dort wimmelt es nur so von Multis, Monopolen und Oligopolen. Die Rolle des drachentötenden Ritters spielt ein Kollektiv, das Kollektiv der Bürokraten und Funktionäre.

Dabei wird das Eurokollektiv als Gegenmacht zu Monopolen und Kartellen gefördert, die ihrerseits gerade das Ergebnis wettbewerbszerstörender sozialistischer Politik sind. Am Ende dieser ideologisch hochgeschaukelten Politik steht die syndikalisierte Gesellschaft, eine moderne Form des Feudalismus: Politische und wirtschaftliche Macht in einer Hand.

Deswegen ist auch die Alternative der SPD, daß „*dem Europa der multinationalen Konzerne ein Europa der Arbeitnehmer entgegengestellt werden muß*“ (Allgemeiner Beschluß des SPD-Bundesparteitages zur Europapolitik), eine falsche Alternative.

Die europäische Wirtschaft braucht keine syndikalisierte Gegenmacht, sondern geordneten, wirksamen Wettbewerb und eine Sozialordnung, die sich nicht an dem überstandenen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, sondern an den wirklichen Problemen einer modernen Industriegesellschaft orientiert.

Darauf hat die CDU mit ihrer Konzeption der Neuen Sozialen Frage die moderne Antwort gegeben. Unsere Antwort ist nicht nur für Sozialisten, sondern auch für befreundete Parteien eine Herausforderung.

Öffnung des öffentlichen Dienstes für Verfassungsfeinde

Beachtenswert ist auch, daß die SPD als einzigen, nicht europapolitischen Beschluß auf diesem Parteitag die „*Grundsätze für die Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst*“ verabschiedet hat. Diese Grundsätze öffnen Kommunisten und Faschisten den Weg für ihren Marsch durch die Institutionen.

In den „Grundsätzen für die Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ setzt sich die SPD mit Nachdruck dafür ein, daß der Staat grundsätzlich von der Vermutung auszugehen hat, daß der einzelne Bewerber für den öffentlichen Dienst die Gewähr der Verfassungstreue bietet. Eine Routinefrage beim Verfassungsschutz soll daher nicht stattfinden. Nur wenn der Einstellungsbehörde Tatsachen bekannt sind, die für die Beurteilung der Verfassungstreue bedeutsam sind, muß eine Anfrage beim Verfassungsschutz stattfinden. Dabei wird betont, daß es bei der Einstellungsbehörde keine besonderen Ermittlungen geben darf.

Diese Regelung hat zur Folge, daß in der Regel keine Schranke mehr für die Einstellung von Extremisten in den öffentlichen Dienst besteht. Zu den Aufgaben der Einstellungsbehörden gehört es nämlich nicht, Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu sammeln.

Diese Aufgabe obliegt allein dem Verfassungsschutz. Die von der SPD noch vorgesehene Möglichkeit der Rückfrage beim Verfassungsschutz würde nur dann eintreten, wenn der Einstellungsbehörde zufällig verfassungsfeindliche Aktivitäten

eines Bewerbers bekannt sind. Dabei wäre zu überlegen, ob eine solche „Überprüfung nach Zufall“ noch verfassungskonform ist.

Die SPD ist mit diesem Beschluß noch weiter von einer Sicherstellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst abgerückt, als es bereits vor wenigen Wochen der Parteivorstand in den von Bürgermeister Koschnick formulierten Thesen getan hatte. Nach diesen Thesen sollte eine Karteibefragung noch bei den Bewerbern für die sicherheitsrelevanten Bereiche stattfinden. Nur bei den übrigen Bereichen war das jetzt für alle Bewerber geltende Verfahren vorgesehen.

Bei solchen Vorstellungen ist es fast schon unerheblich, daß nach dem SPD-Parteitagsbeschluß die Ablehnung nicht allein mit der Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei begründet werden kann. Beitritt oder Zugehörigkeit zu einer solchen Partei könne lediglich „ein Stück des Verhaltens“ sein, das für die Beurteilung erheblich ist.

Verhältnis der SPD zu den anderen Parteien

Die Verschiebung des Standorts der SPD im politischen Koordinatenkreuz kann nicht ohne Auswirkungen bleiben auf ihr Verhältnis zu den anderen Parteien. Im Schlußkapitel des Programms „IX Gegen konservative Restauration — für soziale Demokratie“ wird zur Bündnispolitik der SPD ausgeführt:

„Wir Sozialdemokraten erheben keinen politischen Alleinvertretungsanspruch. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß wir zur Zusammenarbeit über die Grenzen der Parteien des Bundes für sozialdemokratische Parteien hinaus bereit sein müssen, wenn wir den europäischen Einigungsprozeß beschleunigen und Fortschritte auf dem Wege zur sozialen Demokratie in Europa durchsetzen wollen.“
(Kap. I)

Nimmt man dieses Bekenntnis zur Bündnisbereitschaft mit anderen Parteien zusammen mit den Formulierungen im Programm, wo es einerseits heißt „Im Streit um die Mehrheit im europäischen Parlament sind die konservativen Parteien Hauptgegner für die Sozialdemokraten“ und andererseits auf die kommunistischen Parteien bezogen „für uns bleiben sie politische Gegner“, wird die Annäherung der SPD an die Bündnispolitik der Jungsozialisten deutlich.

Der demokratische Gegner CDU/CSU wird verteufelt. Im einzelnen werden der CDU vorgeworfen:

Behauptung der SPD:

Antieuropäische Gesinnung: „Sozialdemokraten sind bereits für ein vereintes Europa und für die Verständigung der Völker eingetreten, als die Konservativen noch dem Nationalismus huldigten.“ (Kap. IX)

Tatsache:

Damit will die SPD ihre europafeindliche Politik der 50er Jahre übertuschen. Tatsache ist:

- 1950** Die SPD sagt nein zum Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat.
Die SPD sagt nein zur Entschließung der CDU für die Montanunion.
- 1951** Die SPD sagt nein zum Plan Robert Schumans für eine gemeinsame europäische Außenpolitik.
- 1952** Die SPD sagt nein zur Montanunion.
Die SPD sagt nein zur Mitarbeit an einer künftigen europäischen Verfassung.
- 1954** Die SPD sagt nein zu den Römischen Verträgen.
- 1955** Die SPD sagt nein zum Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union.
- 1960** Der SPD-Pressedienst zum 84. Geburtstag Konrad Adenauers:
„Er gehört zu den Architekten einer Politik, für die es keine Zukunft gibt.“

Erst als die SPD Ende der 50er Jahre sah, daß die Entwicklung an ihr vorbeiging und der Wille zur Einigung Europas in den Völkern immer stärker wurde, suchte sie den Anschluß an die Europapolitik.

Behauptung der SPD:

Politik der Konfrontation in Europa: „damit aber geraten Friedenssicherung und Entspannung in Gefahr“; keine Beteiligung an den wesentlichen Orientierungen der europäischen Friedens- und Aussöhnungspolitik durch die Ostverträge, der europäischen politischen Zusammenarbeit und der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit von Helsinki“; „außen- und europapolitisch hat die CDU/CSU mit dieser Haltung in Europa keinen parteipolitischen Partner“. (Kap. IX)

Tatsache:

Für eine gemeinsame europäische Außenpolitik hat die CDU bereits gekämpft, als die SPD noch energischen Widerstand gegen die europäische Einigung leistete, wie die oben dargestellte Auflistung zeigt. In der Ostpolitik ist die CDU immer für Frieden, Aussöhnung und Entspannung eingetreten. Sie hat sich jedoch gegen eine Vertragspolitik um jeden Preis gewandt. Im Grundsatzprogramm der CDU wird ihre Haltung zur Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten so beschrieben: „Zusammenarbeit kann nur gelingen, wenn die Grundsätze der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung beachtet werden.“

Behauptung der SPD:

Mißbrauch des Kampfes um die Menschenrechte als Mittel der Konfrontation. Damit mache sich die CDU/CSU unglaublich. „Das gilt vor allem dann, wenn man sich daran erinnert, daß — während die SPD den Kampf gegen den Faschismus in Spanien, Portugal und Griechenland unterstützte — führende Vertreter der CDU/CSU eben jene Regime verteidigten und sich ihren Machthabern andienten.“ (Kap. IX)

Tatsache:

Dies sind Lügen. Im Verhältnis zu Salazar und den griechischen Obristen gab es für die CDU nie ein Oreanda. In der Weltunion Christlicher Demokraten gibt es nur demokratische Parteien, keine Einheitsparteien und Leute wie Dom Mintoff.

Die CDU hat auch keine offiziellen Parteikontakte zu totalitären Parteien, wie die SPD zu Kommunisten. Es macht betroffen, wenn die SPD den Kampf der CDU für die Menschenrechte als Mißbrauch klassifiziert, weil die CDU nicht nur für die Garantie der Menschenrechte in Afrika und Südamerika, sondern auch im kommunistischen Machtbereich eintritt. Dabei vergißt die SPD offenbar die besondere Verantwortung, die die Bundesrepublik Deutschland nach dem Grundgesetz für die Deutschen in der DDR hat.

Behauptung der SPD:

Keine Sicherung der politischen Demokratie auf Dauer, da „die CDU/CSU die Demokratie nur auf die Institutionen beschränken will und die bestehenden Herrschafts- und Wirtschaftsstrukturen unangetastet läßt“. (Kap. IX)

Tatsache:

Die CDU lehnt eine „*schematische Übertragung der Strukturprinzipien parlamentarischer Demokratie auf den gesellschaftlichen oder privaten Bereich*“ (Berliner Programm) ab. Dies würde nämlich zu einer Verstaatlichung der Gesellschaft und damit zu einem Abbau persönlicher und verantworteter Freiheit führen. Mit der Haltung der CDU werden die Grundwerte der Demokratie gesichert.

Behauptung der SPD:

Privilegierung einer Minderheit bei der ökonomischen, sozialen und kulturellen Freiheit. Der Solidaritätsbegriff der CDU, der die Forderung nach Solidarität auch zwischen Ungleichen beinhaltet, wird als „Irrtum der Konservativen“ bezeichnet. (Kap. IX)

Tatsache:

Die SPD versteht unter Solidarität ausschließlich die Kampfgemeinschaft derer, die ein gemeinsames Interesse gegen andere vertreten. Sie verkennt dabei, daß als eigentliche Aufgabe und Hoffnung der Menschen gerade die Solidarität zwischen Ungleichen, zwischen Armen und Reichen, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Alten und Jungen, zwischen Schwarzen und Weißen, möglich ist. Denn nur wenn unterschiedliche Interessen solidarisch ausgeglichen werden, kann der Friede erhalten werden.

Behauptung der SPD:

Diffamierung des politischen Gegners: „*Als vor hundert Jahren das Sozialistengesetz verabschiedet wurde, das eine Periode der Unterdrückung und Verfolgung einleitete, wurden wir von den Konservativen wegen unserer Haltung zur Völkerverständigung diffamiert. Auch heute betreibt die CDU/CSU eine Politik der Konfrontation in Europa.*“ (Kap. IX)

Tatsache:

Die SPD will den Begriff „konservativ“ negativ einfärben. Gleichzeitig soll die wechselseitige Verwendung der beiden Begriffe „CDU/CSU“ und „Konservative“ auch mithelfen, eindeutig negative Erscheinungen der jüngeren Geschichte, die sich vor der Gründung der CDU ereigneten, dieser anzulasten.

Dabei läßt die SPD bewußt geschichtliche Zusammenhänge außer acht, die Sozialdemokraten bei anderer Gelegenheit erkennen. So schreibt Willy Brandt zum Sozialistengesetz (aus: Zum 100. Jahrestag des „Sozialistengesetzes“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. B 28/78 vom 15. 7. 1978, Seite 38): „Ich habe noch nicht von der Zentrumsparterie gesprochen . . ., die 1878 gegen das Ausnahmegesetz stimmte; in mehr oder weniger großer Geschlossenheit auch gegen die jeweiligen Verlängerungen.“

Das Ausmaß der Diffamierung der CDU steht im umgekehrten Verhältnis zur „Differenzierungsstrategie“ gegenüber den Kommunisten:

„Die SPD verfolgt aufmerksam die Entwicklung in den kommunistischen Parteien der EG-Staaten. Sie stellt fest, daß es keinen einheitlichen Euro-Kommunismus gibt. Das Fehlen einer gemeinsamen Haltung dieser Parteien der Europäischen Gemeinschaft gegenüber, beweist die mangelnde Übereinstimmung in zentralen europäischen Fragen. Wichtige europäische kommunistische Parteien haben begonnen, sich von der Ideologie der kommunistischen Staaten Osteuropas und ihrer Verfassungswirklichkeit teilweise abzugrenzen. Dies gilt vor allem für die Fragen der Diktatur des Proletariats, der Bindung an die nationalen Verfassungen und die Respektierung des Mehrparteiensystems. Entscheidender Maßstab für die Beurteilung der sogenannten euro-kommunistischen Parteien wird die Bereitschaft dieser Parteien sein, das Bekenntnis zur Demokratie und Pluralismus in Staat und Gesellschaft für eine demokratische, innerparteiliche Willensbildung in ihrer Praxis zu verwirklichen. Der Anpassungsprozeß der kommunistischen Parteien an die veränderten Bedingungen der europäischen Gesellschaft muß ernsthaft und differenziert beachtet werden.“ (Kap. IX)

Das Wahlprogramm der SPD läßt hier nur einen Schluß zu: Die SPD schont die Eurokommunisten, um sich im Verbund mit ihren sozialistischen Bruderparteien die Tür zur Volksfront in Europa offen zu halten. Dies wird auch an der Behandlung deutlich, die folgender Antrag des Bezirks Hannover der SPD durch den Parteitag erfahren hat. Er wurde abgelehnt:

„In dem Programmentwurf ist keine ausreichende Aussage zum Verhältnis der SPD zu den kommunistischen Parteien Westeuropas enthalten. Der Bundesparteitag muß hierzu bei der Beratung des endgültigen Parteiprogramms eindeutig Stellung nehmen.“

Für die SPD sind Christliche Demokraten und Konservative die Hauptgegner im Europa-Wahlkampf — die Kommunisten jedoch nur Gegner. Eine Partei, die das sagt, die willkürlich das Band der Gemeinsamkeit zwischen den Demokraten

zerschneidet, hat nichts mehr mit der Partei Kurt Schumachers, Fritz Eilers und Ernst Reuters zu tun!

Die Saat der Jusos geht auf. Sie haben vor nicht allzu langer Zeit behauptet: „Wir sind die SPD der 80er Jahre“.

An über 20 Hochschulen paktieren die Jusos mit Kommunisten. Die Umrisse der SPD der 80er Jahre werden sichtbar.